

*Ingolfur Blühdorn*

## KLIMADEBATTE UND POSTDEMOKRATIE

Zur gesellschaftlichen Bewältigung der Nicht-Nachhaltigkeit<sup>1</sup>*Ein neuer Aufbruch in der Umweltpolitik?*

2006 war ein wichtiges Jahr in der Geschichte der Umweltpolitik. Al Gores Film *Eine unbequeme Wahrheit*, der Stern-Report (Stern 2007) und der vierte Sachstandsbericht des IPCC (2007a, b, c) haben die Umweltthematik, vor allem den Klimawandel, an die Spitze der politischen Agenda befördert, national wie international. Das außergewöhnliche Zusammentreffen dieser drei bedeutsamen Veröffentlichungen führte in einem bisher nicht dagewesenen Maße zu der gesellschaftlichen Einsicht, dass die bestehenden Strukturen, Werte und Praktiken fortgeschrittener Konsumgesellschaften weder ökologisch noch sozial oder ökonomisch nachhaltig sind und einen radikalen Wandel erfordern. Umweltbewegungen und Politiker waren optimistisch, dass angesichts der »überwältigenden wissenschaftlichen Beweislage, dass der Klimawandel tatsächlich stattfindet und ohne dringendes Handeln eine katastrophale Bedrohung für unser zukünftiges wirtschaftliches Wohlergehen und letztendlich unser Leben bedeutet« (Carter / Ockwell 2007, S. 3)<sup>2</sup>, fortgeschrittene postindustrielle Gesellschaften einen Wendepunkt erreicht haben könnten, an dem das Ziel der Nachhaltigkeit endlich, wie von Umweltschützern immer schon gefordert, mit Unnachgiebigkeit, Konsequenz und Engagement verfolgt werden würde. Der Klimawandel, so Anthony Giddens in diesem Heft, habe im gesellschaftlichen Bewusstsein und der Umweltpolitik »einen Hebel umgelegt«. Die Studien von Nicholas Stern und dem IPCC, glauben Jordan und Lorenzini, hätten »irgendwie den politischen Zeitgeist getroffen« (Jordan / Lorenzini 2007, S. 310) und »in der öffentlichen wie in der privaten Sphäre ein Publikum gefunden«, das »politisch empfänglicher« (ebd., S. 317) für die ökologische Botschaft ist als zu früheren Zeiten. Sie hätten »das politische Klima für einen Politikwechsel« (ebd.) geschaffen.

Gleichzeitig wird jedoch zunehmend deutlich, dass die Konzepte und Strategien, die bisher als zentrale Stützen des Projekts der Ökologisierung moderner Gesellschaften betrachtet wurden, nicht das leisten können, was von ihnen erwartet wird: Der Leitbegriff der *Nachhaltigkeit* und die Strategie der *ökologischen Modernisierung* sind – bei all ihren unbestrittenen Vorteilen – prinzipiell unfähig, jene »strukturellen Lösungen« (Jänicke 2008, S. 563) zu liefern, die nun weithin für unverzichtbar gehalten werden. Sie sind nicht in der Lage, die grundlegenden Prinzipien und Funktionsmechanismen kapitalistischer Konsumentendemokratien neu zu konfigurieren. Nachhaltigkeit ist bis heute ein offener und grundsätzlich umstrittener Begriff geblieben, den nationale Regierungen ebenso wie transnationale Körperschaften wie die EU in erster Linie als *nachhaltiges ökonomisches Wachstum* und als *nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit* verstehen, welche die Fortführung – nicht den radikalen Wandel – bestehender Lebensstile, Strategien des sozialen Friedens und Muster gesellschaftlicher Entwicklung sichern (vgl. Baker 2007; Blühdorn 2007a, S. 85-90). Die markt-, technologie- und effizienzorientierte Strategie der ökologischen Modernisierung hat jedoch »inhärente Beschränkungen« (Jänicke 2008, S. 557), wie die Unverfügbarkeit vermarktbarer technologischer Lösungen für zentrale Umweltprobleme (z.B. Klimawandel, Artenverlust, Flächenverbrauch), die anhaltende Überkompensation ökologischer Effizienzgewinne durch parallel verlaufende Wachstumsprozesse (z.B. werden Automotoren effizienter, aber die Größe und Anzahl der Autos steigt) und, vielleicht am wichtigsten, die Abhängigkeit aller regulatorischer Politik von demokratischer Legitimation und öffentlicher Unterstützung.

In der Tat sind heute oft gerade die *politischen* – nicht mehr die *technologischen* – Grenzen der ökologischen Modernisierung der entscheidende limitierende Faktor. Der Staat müsste dem Markt, der Forschung, der technologischen Innovation und nicht zuletzt den Konsumenten Rahmenbedingungen vorgeben und ihre jeweilige Dynamik nach ökologischen Kriterien und solchen der Nachhaltigkeit steuern. Doch durch die funktionale Ausdifferenzierung moderner Gesellschaften sowie die Internationalisierung der einzelnen Funktionssysteme (Wirtschaft, Wissenschaft, Medien, etc.) verfügen nationalstaatliche Regierungen kaum mehr über die dazu notwendige Steuerungsfähigkeit. Demokratischer Diskurs und demokratische Institutionen wären dringend gefordert, ökologische

Kriterien und solche der Nachhaltigkeit zu definieren, zu legitimieren und ihre effiziente Umsetzung zu unterstützen. Doch das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit demokratischer Verfahren und Institutionen ist tief erschüttert, und im Management moderner Gesellschaften spielen nicht-majoritäre, nicht demokratisch legitimierte und insgesamt entpolitisierte Institutionen (z.B. Regulierungsbehörden, unabhängige Zentralbanken, Expertenkommissionen) eine immer größere Rolle. (Majone 1996; Thatcher / Stone Sweet 2002; Strøm et al. 2003)

Diese besondere Konstellation, in der die neue gesellschaftliche Einsicht, dass der Klimaschutz und das Ziel der Nachhaltigkeit eigentlich tiefgreifende Veränderungen der etablierten Lebensstile, sozialen Strukturen, Normen und Verhaltensweisen unverzichtbar machen würden, zusammenfällt mit dem Sichtbarwerden der Grenzen von Nachhaltigkeitsparadigma und ökologischer Modernisierung und mit dem Phänomen der demokratischen Ernüchterung und Entpolitisierung, wirft die Frage auf, in welchem Maße fortgeschritten moderne Konsumentendemokratien tatsächlich den politischen Willen aufbringen und über die politische Handlungsfähigkeit verfügen, »den Hebel« in Richtung Nachhaltigkeit »umzulegen«. Und im gleichen Atemzug erhebt sich dann die Folgefrage, wie es solchen Gesellschaften eigentlich gelingt, sich in Bedingungen andauernder und an immer neuen Stellen offen aufbrechender Nicht-Nachhaltigkeit<sup>3</sup> einzurichten, sich mit ihnen zu arrangieren. Diesen Fragen soll im Folgenden nachgegangen werden, nicht zuletzt, um dabei auf die zunehmende Bedeutung eines neuen sozialwissenschaftlichen Forschungsfeldes hinzuweisen, das ich an anderer Stelle als »the politics of unsustainability« beschrieben habe (Blühdorn 2002, 2007b; Blühdorn / Welsh 2007).

### *Wie weit trägt das neue ökologische Bewusstsein?*

Gerade zwei Jahre, nachdem in den Vereinigten Staaten Shellenberger und Nordhaus (2004) ihre umstrittene These vom »death of environmentalism« vorgestellt hatten, ist der Klimawandel zu einem Symbolthema avanciert, dessen Bedeutung als Auslöser umweltpolitischer Mobilisierung vergleichbar ist mit der Ölkrise der frühen 1970er Jahre oder der Katastrophe von Tschernobyl 1986. Der Stern-Report und der Sachstandsbericht des IPCC waren nicht nur ein vernichtender Schlag gegen

frühere Kampagnen, die eine menschengemachte globale Erwärmung als »Dogma« darstellten, das darauf wartet, zerschlagen zu werden (z.B. Labohm et al. 2004; Lomborg 2004), sondern die breite gesellschaftliche Einsicht, dass Nachhaltigkeit nur durch einen weitreichenden Wandel bestehender sozio-ökonomischer Arrangements und Lebensweisen in westlichen (bzw. verwestlichten) Konsumgesellschaften erreicht werden kann, bedeutet eine in der Geschichte der Umweltbewegung grundsätzlich neue Situation. Nationale Regierungen und die EU haben als Reaktion ihre Ziele zur Reduktion von Treibhausgasemissionen, zur Erhaltung von Ressourcen und zum Schutz von Lebensräumen und Biodiversität revidiert. Die UN hat eine Road Map für Verhandlungen über einen Nachfolgevertrag der Vereinbarung von Kyoto ausgearbeitet. Erneuerbare Energien sind zu einer veritablen Industrie geworden. Nachhaltige Städte, Slow Food- und Fair Trade-Bewegungen florieren auf beiden Seiten des Atlantiks. Der Markt für ökologische Lebensmittel expandiert so schnell, dass die Lieferanten mit der wachsenden Nachfrage nicht Schritt halten können. Und wo Marktforschungsinstitute sowohl in den USA als auch in verschiedenen europäischen Ländern bis zu einem Drittel der Konsumenten der LOHAS-Bewegung (Lifestyle of Health and Sustainability) für ökologisch und sozial korrekten Konsum zurechnen (vgl. ACNielsen 2008), scheint eine andere Welt nicht nur möglich (George 2004), sondern tatsächlich im Entstehen zu sein.

Allein, in der Geschichte der Umweltpolitik hat es schon öfter Phasen hoher diskursiver Mobilisierung und großer Zuversicht gegeben. Neben der Ölkrise der Siebziger und Tschernobyl wäre beispielsweise zu erinnern an die Publikation der *Grenzen des Wachstums* (Meadows et al. 1974), den Erdgipfel in Rio oder die inzwischen legendären Proteste beim WHO-Gipfel in Seattle (1999), die den Auftakt für die internationale *autre mondialisme*-Bewegung bildeten. An jedem dieser Zeitpunkte wurden große umweltpolitische Durchbrüche erwartet, aber der ökologische Fußabdruck individueller Lebensstile und fortgeschrittener Konsumentendemokratien im Ganzen ist kontinuierlich weitergewachsen. Sozialtechnologische Politikansätze, die auf ökologische Modernisierung und öko-effiziente Innovationen abzielen, haben eine Fülle an Umweltverbesserungen erreicht, aber sie haben es nicht geschafft, die Entwicklungslogik der Nicht-Nachhaltigkeit zu durchbrechen und das Gesamtbild fortschreitender Ausbeutung, Degradation und Konsumtion zu ändern.

Selbst die Europäische Union, die sich wie kein anderer nationaler oder transnationaler Akteur dem Ziel der nachhaltigen Entwicklung verpflichtet hat, konzediert, dass es bisher »nur einen begrenzten Fortschritt gab«, dass »viele Umweltprobleme zunehmen« und dass »Europa sich bisher nicht auf dem Weg zu einer wirklich nachhaltigen Entwicklung befindet« (CEC 2007, S. 17 und S. 4). Zu klären wäre also, ob und inwiefern sich das derzeitige ökologische Bewusstsein wirklich von früheren Wellen der Mobilisierung unterscheidet.

In diesem Kontext ist zunächst festzuhalten, dass nach fast vier Jahrzehnten der Kampagne gegen die Umweltzerstörung und für die Rettung der letzten Orang-Utans, Tiger, Schmetterlinge, Berggorillas, Wale und ihrer Habitats die ökologische Krise längst gewissermaßen zur Normalität geworden. (Blühdorn 2002; Buell 2004) Meldungen über die bisher schlimmsten Waldbrände, längsten Dürren, höchsten Abholzungsraten, stärkste Überfischung, mildesten Winter, rasanteste Abnahme der Artenvielfalt usw. sind längst zum regelmäßigen Bestandteil täglicher Medienberichterstattung geworden. Ebenso wie die Massenarbeitslosigkeit oder rapide zunehmende Wohlstandsunterschiede sind umfassende Umweltveränderungen und die schrittweise Konsumtion der Natur zu einem normalen, wenn auch unerfreulichen Aspekt des Lebens in der spätmodernen Gesellschaft geworden. Grüne Parteien sind bisher, vielleicht aus diesem Grunde, kaum in der Lage gewesen, von der neuen Klimadebatte elektoral zu profitieren, selbst wenn sie, wie die deutschen Grünen, für einen neuen »radikalen Realismus in der Ökologiepolitik« (Bündnis 90/Die Grünen 2006, S. 1) werben und außerdem, wie sowohl in Deutschland als auch in Österreich, den zusätzlichen Vorteil haben, dass die großen Volksparteien tief in der Krise stecken.<sup>4</sup> Da die von Umweltschützern vorausgesagte ökologische Apokalypse einstweilen nicht unmittelbar bevorzuzustehen scheint; da die Ausrottung von sibirischen Tigern, Eisbären, Spitzmaulnashörnern und zahllosen anderen, weniger charismatischen Spezies sich letztlich als akzeptabler erweisen könnte, als von Naturschützern einst angenommen; da neue Technologien und ein besseres Management einstweilen auszureichen scheinen, um die Anpassung an offenbar unvermeidliche Umweltveränderungen zu organisieren; und da es stets Krisen und Notwendigkeiten gibt, die noch dringlicher als der Klimawandel erscheinen,<sup>5</sup> ist es extrem schwierig geworden, den politischen Willen und die politischen Kapazitäten für die »strukturellen Veränderungen« zu mo-

bilisieren, ohne die eine »nachhaltige Entwicklung nicht erfolgreich sein kann« (Jänicke 2008, S. 564).

Es ist daher vielleicht wenig überraschend, dass der umweltpolitische Maßnahmenkatalog, den nationale Regierungen ihren Bürgern und Wählern vorzulegen wagen, entschieden auf der Erwartung gründet, dass die etablierten Normen, Werte und Muster der gesellschaftlichen Entwicklung beibehalten werden, statt sich grundlegend zu wandeln. Die manchmal beeindruckenden umweltpolitischen Zielvorstellungen, die von nationalen Regierungen ebenso wie von der EU festgelegt werden, sind nur selten gestützt durch überzeugende politische Umsetzungspläne. Ungeachtet nationaler Strategien für nachhaltige Entwicklung, die es mittlerweile in so gut wie allen Ländern gibt, folgen strukturelle Planung und Entwicklung nach wie vor im Wesentlichen dem Prinzip *predict and provide* (z.B. bei Mobilität, Energie, Siedlungsbau); Investitionen fließen weiterhin primär in privatisierte Großstrukturen (z.B. Energiegewinnung, Verkehrsinfrastruktur, Einkaufszentren), und die gesellschaftliche Entwicklung bleibt orientiert am Ziel kurzfristigen ökonomischen Wachstums. Selbst in dem Bereich, der im öffentlichen Bewusstsein am engsten mit dem Klimawandel verbunden ist, der Energiepolitik, zeigt der Diskurs von Versorgungslücken und zu garantierender Versorgungssicherheit, wie sehr sich die Politik darauf konzentriert, die Lebensstile und gesellschaftlichen Entwicklungsmuster, deren Nicht-Nachhaltigkeit nun eigentlich weithin anerkannt ist, zu stabilisieren und reproduzieren.

So haben fortgeschrittene moderne Gesellschaften in den letzten zwei Jahren zwar eine außergewöhnliche Welle der öffentlichen Debatte über Umweltthemen, insbesondere den Klimawandel, erlebt, aber es wäre sehr vorschnell, aus dieser Debatte einen grundlegenden Wertewandel oder Politikwechsel in Richtung Nachhaltigkeit herauslesen zu wollen. Im Vergleich zur politischen Ökologie und der Nachhaltigkeitsidee der 1980er Jahre ist der heutige ökologische Zeitgeist von einer grundsätzlich anderen Qualität. Nirgends zeigt sich das deutlicher als bei der LOHAS-Bewegung, deren selektives Interesse an bestimmten ethisch und ökologisch korrekten Konsumgütern weit eher als entpolitisiertes Lifestyle-Statement einer privilegierten Käuferschicht denn als politische Forderung nach konsequenter Umsetzung von Nachhaltigkeitsprinzipien zu interpretieren ist.<sup>6</sup> Natürlich wäre es völlig unangemessen, dem neuen ökologischen Bewusstsein seine Bedeutung oder gar seine Ernsthaftigkeit

abzusprechen, aber unter dem Strich bleibt als Ergebnis festzuhalten: Eine Wende zur Nachhaltigkeit ist einstweilen nirgends in Sicht.

### *Jenseits der neuen Politik*

Im Hinblick auf die Frage nach der politischen Willig- und Fähigkeit moderner Gesellschaften, »den Hebel« in Richtung Nachhaltigkeit »umzulegen«, sind die kulturellen Grundlagen, auf deren Basis umweltpolitische Problemwahrnehmungen und Lösungsstrategien gesellschaftlich formuliert und verhandelt werden, von entscheidender Bedeutung. In den 1970er und 1980er Jahren hatten die Vordenker der politischen Ökologie die ökologische Frage im Rahmen des Projekts einer *neuen Politik* gedacht. Dieses Projekt ging hervor aus dem Glauben an und der Sehnsucht nach einem *anderen Selbst* und einer anderen Identität jenseits der individualisierten und primär materialistischen Konsumidentität, einem *anderen Lebensstil* jenseits der entfremdenden Tretmühle von Wettbewerbsfähigkeit und Effizienz, *anderen Sozial- und Naturbeziehungen* jenseits von sozialer und ökologischer Unterdrückung, Instrumentalisierung, Ausbeutung und Zerstörung, und einer *anderen Form der politischen und ökonomischen Organisation* jenseits der nur formal demokratischen und auf ökonomische Profite ausgerichteten sozialen Ordnung (vgl. Goldsmith 1972; Porritt 1984; Die Grünen 1983). Mit einem Wort, das Projekt der *neuen Politik* war das Projekt einer grundsätzlich anderen Moderne, die auf die Überwindung des entfremdeten Lebens und die Verwirklichung des wahren Selbst zielte und in diesem Rahmen auch die Ausbeutung und Zerstörung der Natur überwinden sollte.<sup>7</sup>

In heutigen Konsumentendemokratien jedoch haben sich dieses tiefgehende Unbehagen an der *entfremdenden* Ordnung der wissenschaftlich-technologisch-industriellen Moderne, dieser Glaube an ein besseres und erfüllenderes Leben jenseits materialistischer Konsumlebensstile, diese Vision radikal veränderter sozialer Beziehungen und dieses Vertrauen in eine basisdemokratische und inklusive *neue Politik*, die die Gesellschaft wieder mit der Natur versöhnt, weitgehend verflüchtigt. Zwar ist – bei rationaler Betrachtung – unbestritten, dass für das Ziel der Nachhaltigkeit grundsätzliche gesellschaftliche Veränderungen unerlässlich sind, und in der täglichen Lebenspraxis blitzen Entfremdungsgefühle und Versöhnungshoffnungen auch weiterhin auf.<sup>8</sup> Gleichwohl sind der

ursprüngliche politische Impuls, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse auch ganz anders sein könnten, die Vorstellungskraft, wie eine Alternative real aussehen könnte, und das unbedingte Verlangen, sie zu verwirklichen, weitgehend erloschen. An die Stelle von Utopien, Ideologien und Idealismus sind Gegenwartsbezug, Realismus und Pragmatismus getreten, aus deren Perspektive sich die bestehenden Verhältnisse – politisch gewollt oder nicht – als im Grundsatz unveränderbar darstellen. An die Stelle des gegenkulturellen Bedürfnisses, aus dem System auszusteigen, um die wahre Verwirklichung jenseits der herrschenden Verhältnisse zu finden, ist der Kampf um stärkere Teilhabe an der Mainstreamkultur getreten. Skeptische Einstellungen gegenüber Technologien und das Prinzip der Genügsamkeit sind abgelöst worden von einem überwältigenden Vertrauen in technologische Innovation und das Prinzip der Effizienz. Wachstumslogik und Massenkonsum erscheinen nicht mehr als zentrale Bedrohung des entfremdeten Lebens und der ökologischen Frage, sondern sind zum Kernstück moderner Selbstverwirklichung und, wenn sie bestimmte Kriterien erfüllen, zur gefeierten Nachhaltigkeitsstrategie geworden (vgl. Unfried 2008). Zufriedengestellt durch die Zusicherung, dass »es kein prinzipielles oder theoretisches Argument gibt, dass die moderne Organisation der Produktion und Konsumtion und ihre Technologie im Gegensatz zu Nachhaltigkeit stehen« (Spaargaren 1997, S. 16), haben spätmoderne Konsumgesellschaften nicht nur die radikalökologische Kritik am Konsumkapitalismus fallen gelassen, sondern auch jene beiden Grundprinzipien – die Anerkennung der Grenzen des Wachstums und das Wegbewegen von den unstillbaren Wünschen globaler KonsumentInnen hin zu den fundamentalen Bedürfnissen der Mehrheit auf der Welt –, die selbst der eher moderate Brundtland-Bericht (WCED 1987) als essenziell für das Erreichen von Nachhaltigkeit betrachtet hat.

So ist parallel zu der Einsicht, dass das Erreichen von Nachhaltigkeit einen radikalen gesellschaftlichen Wandel erfordert, gleichzeitig ein stiller Konsens gewachsen, dass die bestehenden sozialen Normen, ökonomischen Strukturen und Lebensstile, seien sie nun nachhaltig oder nicht, im Prinzip nicht verhandelbar sind. In Betracht kommen vielleicht der Erwerb von energieeffizienteren und insofern kostensparenden Haushaltsgeräten oder Autos, das Entrichten einer marginalen CO<sub>2</sub>-Abgabe bei Flugreisen oder leichte Preisaufschläge bei bestimmten Konsumgütern zugunsten von Arbeitskräften und Entwicklungsprojekten in den



Erzeugerländern. Aber die stetig wachsenden Bedürfnisse spätmoderner Individuen und Gesellschaften, in Form von z.B. Mobilität, Wohnraum, Automatisierung, Individualität, Flexibilität, Kommunikationstechnologie, Neuheiten und Konsummöglichkeiten als der vielleicht wichtigsten Form der Freizeitbeschäftigung, Identitätskonstruktion und Selbsterfahrung stehen als solche nicht zur Diskussion.<sup>9</sup>

### *Die politische Ökonomie der Unsicherheit*

Der wohl wichtigste Grund für diesen Zerfall des Projektes der *neuen Politik* liegt im Prozess der gesellschaftlichen Differenzierung. Differenzierung und der Aufbau von Komplexität sind die Kernprinzipien, die den Prozess der Modernisierung steuern (vgl. Luhmann 1995). Die immer stärkere Zunahme von Diversität, Spezialisierung und Komplexität hat die Problemlösungskapazitäten der modernen Gesellschaften kontinuierlich gesteigert. Aber dieser Prozess der Differenzierung und der Komplexitätssteigerung hat auch eine politische Ökonomie der Unsicherheit freigesetzt (Bauman 1999, S. 171-175), in deren Zentrum auf der einen Seite das Ungleichgewicht zwischen dem rapiden Wachstum des Wissens, der Möglichkeiten und der Komplexität der Verhältnisse steht, und der Mangel an normativen Kriterien zu deren Management auf der anderen Seite. Da der Modernisierungsprozess beständig normative, epistemologische und soziokulturelle Gewissheiten in einem schnelleren Tempo aufgelöst hat, als er fähig war, neue verlässliche Normen zu generieren, sind Gefühle fundamentaler Ungewissheit, Unsicherheit, Verwundbarkeit und Angst zu einem zentralen Charakteristikum spätmoderner Gesellschaften geworden. (Furedi 2002; Bauman 2006; Beck 2007) Zwar setzen die Bedingungen der Komplexität und Unsicherheit auch neue Potentiale einer ökologischen Modernisierung frei, und sie können unerwartete Allianzen zwischen bisher konkurrierenden Akteuren schmieden, doch die Erfahrung von Komplexität, Unsicherheit und Verwundbarkeit führt – individuell und gesamtgesellschaftlich – zuallererst zu Reflexen der Komplexitätsreduktion und Sicherheitssteigerung einschließlich u.a. einer Verengung der Perspektive auf nationale, gruppenspezifische und individuelle Eigeninteressen, auf zeitnahe, konkrete, empirisch zählbare Ergebnisse und auf die Imperative und Wünsche der unmittelbaren Gegenwart.

Darüber hinaus führen Verhältnisse hoher Komplexität und Ungewissheit dazu, dass Bürger sich von zunehmend undurchsichtigen Prozessen politischer Entscheidungsfindung zurückziehen, und postdemokratische Strategien der Depolitisierung, Delegierung und Führung (vgl. Crouch 2004; Buchstein / Nullmeier 2006; Blühdorn 2004a, 2006a, 2007c; Körösiény 2005) an Bedeutung gewinnen. Plötzlich entsteht das Gefühl, dass Politisierung und demokratische Beteiligung »zu Ballast geworden sind, von dem der Begriff der Demokratie zu befreien ist« (Buchstein / Jörke 2007, S. 186). Vom politischen Prozess abgeschottete und delegierte Entscheidungs- und Verwaltungsverfahren erscheinen nicht nur als der effizientere Weg zu nachprüfbaren Politikergebnissen, sondern sie scheinen auch »die Belange der Bürger besser zu repräsentieren, gerade weil sie weniger direkt demokratisch sind« (Moravcsik 2004, S. 346f) und daher die Rechte des Einzelnen gegenüber machtvoll organisierten Gruppeninteressen besser schützen können. Auf der Suche nach Strategien zum Management von Komplexität und Unsicherheit verlässt sich die demokratische Politik immer stärker auf ihr eigenes Gegenteil: in der Input-Dimension auf die vermeintlich objektive Wissenschaft (Experten), in der Verfahrens-Dimension auf formalisierte und standardisierte Prozeduren, und in der Output-Dimension auf wirtschaftliche Effizienz als dem am klarsten messbaren und am ehesten konsensfähigen Bewertungskriterium erfolgreicher Politik. Mit einem Wort: Auf Bedingungen der Komplexität und Unsicherheit reagiert die Politik mit Entpolitisierung.

Im gleichen Sinne wie in den siebziger Jahren Verhältnisse relativ hoher materieller Sicherheit und eines noch rigiden gesellschaftlichen Wertesystems besonders günstige Konditionen geschaffen haben für die Entfaltung post-materialistischer Wertepreferenzen mit libertärer, ökologischer und basisdemokratischer Ausrichtung (vgl. Inglehart 1977), hat die seit den neunziger Jahren bestimmende politische Ökonomie der Unsicherheit also besonders ungünstige Bedingungen für die politische Ökologie und die Wende zur Nachhaltigkeit hervorgebracht. Der anhaltende Prozess der Differenzierung und Auflösung von Gewissheiten hat nicht nur den Glauben an grundsätzlich gültige ökologische Imperative untergraben (vgl. Eder 1996; MacNaghten / Urry 1998; Blühdorn 2000) und die Komplexität ökopolitischer Angelegenheiten und Entscheidungen dermaßen ausgeweitet, dass sie die kognitiven und ethischen Kapazitäten selbst der gebildetsten Individuen übersteigen,<sup>10</sup> sondern die ökologischen

Tugenden, die die neuen sozialen Bewegungen, politischen Ökologen und Befürworter des Nachhaltigkeitsparadigmas ehemals versuchten in fortgeschrittenen kapitalistischen Konsumentendemokratien als Basis einer umweltfreundlichen und sozialen Gesellschaft zu etablieren, sind selbst zu einer Belastung geworden. Sie bedeuten eine Verpflichtung und Einschränkung. Zu den wichtigsten Erfolgsrezepten in modernen Gesellschaften gehört es aber, sich von belastenden Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten möglichst zu befreien, um auf diese Weise strategischen Handlungsspielraum und Flexibilität zu gewinnen. Offenheit für Wandel und Innovation, die unternehmerische Bereitschaft, unvorhergesehene Möglichkeiten zu ergreifen, wenn und sobald sie auftauchen, sich jederzeit alle Optionen offenzuhalten: das sind die kategorischen Imperative der »flüchtigen Moderne« (Bauman 2000). Sie erwachsen aus zwei komplementären Quellen: Erstens, die Emanzipation von starren Loyalitäten, Beziehungen, Bindungen und Verpflichtungen setzt zusätzliche Potentiale zur Selbstverwirklichung und Selbsterfahrung frei. Zweitens, die Umstrukturierung wohlfahrtsstaatlicher Arrangements, die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte, die Beschleunigung technologischer Innovation, die rasch anwachsende soziale Ungleichheit und der stetige Druck zu mehr Wettbewerbsfähigkeit, individuellem Unternehmertum und privater Verantwortung drängen dazu, sich von festen Verbindlichkeiten zu befreien, sich pragmatisch vom Eigeninteresse leiten zu lassen, sich auf manifest greifbare Ergebnisse zu konzentrieren und den gegenwärtig konkreten Notwendigkeiten Priorität zu geben.

Der auffällige Gleichklang zwischen den vorherrschenden gesellschaftlichen Wertpräferenzen und den Imperativen der Funktionssysteme lassen die Aussichten dieser Gesellschaften, nachhaltig zu werden, besonders düster erscheinen.<sup>11</sup> Natürlich wird der technologische Fortschritt auch weiterhin Lösungsangebote für vielfältige Einzelsymptome der Nicht-Nachhaltigkeit entwickeln. Die LOHAS-Bewegung wird das ihre dazu beitragen, dass solche Neuerungen sich am Markt durchsetzen und in die gesellschaftliche Praxis diffundieren. Aber insofern diese sozialtechnologischen und konsumbasierten Ansätze die grundlegende Steuerungslogik fortgeschrittener moderner Gesellschaften bestärken und nicht etwa anfechten, scheint die These gerechtfertigt, dass fortgeschrittene liberale Konsumentendemokratien mehr denn je strukturell unfähig und politisch unwillig sind, »den Hebel« in Richtung Nachhaltigkeit »umzulegen«. Statt

dessen ist davon auszugehen, dass die in ihren sozialen und ökologischen Auswirkungen sich kontinuierlich verschärfende Nicht-Nachhaltigkeit sich fest als zu bewältigender Dauerzustand etabliert hat.

### *Die Politik der Nicht-Nachhaltigkeit*

Diese Diagnose verstößt gegen die geltenden Normen umweltpolitischer Kommunikation, sie eröffnet aber den Blick auf eine neue Phase bzw. Dimension der Umweltpolitik, die *Politik der Nicht-Nachhaltigkeit* (Blühdorn 2002, 2007a; Blühdorn / Welsh 2007). Diese neue Phase oder Dimension ist definiert durch das Zusammenspiel dreier Faktoren: erstens das in seiner Breite völlig neuartige gesellschaftliche Bewusstsein, dass die etablierten sozialen Normen, Strukturen und Verhaltensweisen nicht nachhaltig sind und folglich also grundlegend geändert werden müssten; zweitens das Verblassen der politischen Ökologie, der *neuen Politik* und des Nachhaltigkeitsparadigmas; und drittens die Deutlichkeit, in der in modernen Konsumentendemokratien, trotz aller Beteuerungen des Gegenteils, der mangelnde politische Wille und die strukturelle Unfähigkeit zur Nachhaltigkeitswende zutage treten. Natürlich ist die Politik der Nicht-Nachhaltigkeit nicht einfach als die Ablösung der bisherigen Umweltpolitik zu denken, vielmehr entfaltet sie sich parallel zu deren Weiterführung. Sie wird aber nicht mehr von der bisherigen umweltpolitischen Frage: *Wie können wir die soziale Ordnung und gesellschaftlichen Praktiken so ändern, dass sie nachhaltig werden?* geleitet, sondern von neuen, post-ökologischen<sup>12</sup> Fragestellungen wie: *Wie können wir soziale Strukturen und Lebensstile erhalten, deren Nicht-Nachhaltigkeit bekannt ist? Wie können wir die sozialen und ökologischen Konsequenzen der Fortsetzung von Nicht-Nachhaltigkeit national und international bewältigen? Wie könnten wir das, was wir haben, gegen Klimaimmigranten, Umweltflüchtlinge und Environmental Justice Movements verteidigen, ohne dabei offen fremdenfeindlich, egoistisch und ungerecht zu erscheinen?* Diese Fragen werden nicht offen artikuliert, und insbesondere die politischen Akteure der Umweltbewegung würden sie kategorisch als anti-ökologisch und unmoralisch ablehnen. Aber da mittlerweile allgemein anerkannt ist, dass die Konsum- und Lebensstile, die fortgeschritten moderne Gesellschaften und die globale Mittelklasse – einschließlich der LOHAS-Konsumenten<sup>13</sup> – energisch für sich beanspruchen, inkompati-

bel sind mit dem Ziel ökologischer Integrität und es physisch unmöglich ist, diese Lebensweise auf alle Mitglieder eines bestimmten Gemeinwesens, geschweige denn auf die gesamte Menschheit, auszudehnen, sind diese Fragen, offen ausgesprochen oder nicht, dennoch zum innersten Beweggrund und Unterscheidungsmerkmal der spezifisch spätmodernen Erscheinungsform von Umweltpolitik geworden. Entsprechend müssen die Sozialwissenschaften sich der wichtigen Frage stellen, mithilfe welcher Strategien es modernen Konsumentendemokratien eigentlich gelingt, sich mit ihrer nachhaltigen Nicht-Nachhaltigkeit zu arrangieren.

Von Bedeutung ist hier zunächst der beschleunigte Ausbau der Sicherheitssysteme auf allen gesellschaftlichen Ebenen, mit deren Hilfe eben jene Normen, Strukturen und Verhaltensweisen, deren Nicht-Nachhaltigkeit nun eigentlich erkannt und anerkannt ist, dennoch (wenigstens einstweilen) stabilisiert werden sollen.<sup>14</sup> Zweitens vergrößern sich in modernen Konsumentendemokratien im gleichen Maße, wie die unausgesprochenen Fragen des Nicht-Nachhaltigkeitsmanagements ins Zentrum der Politik rücken, die gesellschaftlichen Anstrengungen, den Glauben an das Gegenteil zu reproduzieren, nämlich dass die zuletzt im Projekt der *neuen Politik* emphatisch erneuerten ökologisch-demokratischen Ideale weiterhin das Leitbild politischen Handelns seien. Vor dem Hintergrund fortschreitenden Umweltverbrauchs, zunehmender sozialer Ungleichheit und der post-demokratischen Transformation demokratischer Ideen, Praktiken und Institutionen; vor dem Hintergrund also immer offensichtlicherer ökologischer, sozialer und demokratischer Nicht-Nachhaltigkeit, ist dies ein unverzichtbares Instrument zur Sicherung des sozialen Friedens. In diesem Sinne arbeiten gesellschaftliche Akteure, von Regierungsvertretern über Medienmacher bis hin zu Bewegungsaktivisten<sup>15</sup>, an *gesellschaftlichen Selbstbeschreibungen* (Luhmann), nach denen a) der Ernst und die Dringlichkeit des Problems vollständig verstanden und akzeptiert sind; b) man weiß – zumindest im Prinzip – was getan werden muss, die dafür notwendigen Mittel verfügbar sind und es keinesfalls zu spät ist, sie erfolgreich zum Einsatz zu bringen; c) es die strukturelle Fähigkeit und den politischen Willen gibt, einen umfassenden Wandel zu vollziehen; d) ein großer ökopolitischer Durchbruch so nah wie noch nie bevorsteht; und e) mit nur etwas mehr an zusätzlicher Bewusstseinsbildung und öffentlicher Mobilisierung die Öko-Revolution bald eintreten wird.

Jenseits der politischen Ökologie und des Nachhaltigkeitsparadigmas

versöhnt diese gesellschaftliche Selbstbeschreibung die Anerkennung der Notwendigkeit eines radikalen Wandels mit der festen Entschlossenheit, den Status quo in seinen konstitutiven Prinzipien um jeden Preis zu verteidigen. Diese Form der ökologischen Kommunikation kann als eine gesellschaftliche Praxis interpretiert werden, die hilft, mit dem Dilemma gegensätzlicher, aber gleich starker Bindungen umzugehen und mit der stillschweigenden Erkenntnis zu leben, dass es fortgeschrittenen Konsumentendemokratien an beidem mangelt, an der Fähigkeit und dem politischen Willen zur Nachhaltigkeit. Diese Kommunikation ist das funktionale Äquivalent zu den ritualisierten Bekenntnissen zu demokratischen Idealen, der lautstark vorgetragenen Kritik an Demokratiedefiziten und den fortgesetzten Ankündigungen von demokratischer Erneuerung, die den Umstand zu bewältigen helfen, dass moderne Konsumentendemokratien sich nicht nur in der institutionalisierten Praxis, sondern auch ideell längst von dem in diesen Diskursen evozierten Verständnis von Demokratie verabschiedet haben. Zwar wäre es unangemessen, solche Selbstbeschreibungen und Kommunikationsformen als bewusste Strategien<sup>16</sup> zu verstehen, doch die stetige kommunikative Wiederbestätigung der Verpflichtung zu einer Politik der Nachhaltigkeit kann sehr wohl als eine Art gesellschaftliche Selbstillusionierung begriffen werden, die bei dem unausgesprochenen Projekt, das als nicht-nachhaltig Erkannte dennoch zu erhalten, von zentraler Bedeutung ist.

So bleibt als Ergebnis festzuhalten, dass die Bedeutung von Al Gores Film, dem Stern- und dem IPCC-Report als Katalysatoren einer bevorstehenden ökologischen Wende nicht überschätzt werden darf, dass die politische Ökologie und das Paradigma der Nachhaltigkeit nicht mehr die Kraft haben, einer solchen Wende als Leitbilder zu dienen, dass moderne Konsumentendemokratien weder die strukturelle Fähigkeit noch den politischen Willen zu solch einer Wende haben, und dass die Umweltpolitik in fortgeschritten modernen Gesellschaften, ebenso wie deren Demokratiepoltik, sinnvoll als Politik der Nicht-Nachhaltigkeit begriffen werden kann. Diese hier nur skizzierten Thesen müssen im Detail genauer entwickelt und empirisch untermauert werden. Der entscheidende Schritt jedoch ist zunächst, die fortgesetzte Verleugnung der postökologischen und postdemokratischen Wende zu durchbrechen und sich der Realität der neuen Politik der Nicht-Nachhaltigkeit zu stellen.

## Literatur

- ACNielsen (2008) (in Zusammenarbeit mit KarmaKonsum), *Was LOHAS wirklich kaufen*, Frankfurt a.M.
- Braden R. Allenby (2000), »Environmental Security: Concept and Implementation«, in: *International Political Science Review* 21(1), S. 5-21.
- Susan Baker (2007), »Sustainable Development as Symbolic Commitment: Declaratory Politics and the Seductive Appeal of Ecological Modernisation in the European Union«, in: *Environmental Politics* 16(2), S. 297-317.
- Zygmunt Bauman (1999), *In Search of Politics*, Cambridge.
- Ders. (2000), *Liquid Modernity*, Cambridge.
- Ders. (2006), *Liquid Fear*, Cambridge.
- Ulrich Beck (2007), *Weltrisikogesellschaft*, Frankfurt a.M.
- Ingolfur Blühdorn (2000), *Post-Ecologist Politics. Social Theory and the Abdication of the Ecologist Paradigm*, London.
- Ders. (2002), »Unsustainability as a Frame of Mind – And How We Disguise It. The Silent Counter Revolution and the Politics of Simulation«, in: *The Trumpeter* 18(1), S. 59-69.
- Ders. (2004a), »Future-Fitness and Reform Gridlock: Towards Social Inequality and Post-democratic Politics?«, in: *Debatte. Review of Contemporary German Affairs* 12(2), S.114-136.
- Ders. (2004b), »Post-Ecologism and the Politics of Simulation«, in: M. Wissenburg / Y. Levy (Hg.), *Liberal Democracy and Environmentalism. The End of Environmentalism?*, London, S. 35-47.
- Ders. (2006a), »billig will Ich. Post-demokratische Wende und Simulative Demokratie«, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 10(4), S. 72-83.
- Ders. (2006b), »Self-Experience in the Theme Park of Radical Action? Social Movements and Political Articulation in the Late-modern Condition«, in: *European Journal of Social Theory* 9(1), S. 23-42.
- Ders. (2007a), »Democracy, Efficiency, Futurity: Contested Objectives of Societal Reform«, in Blühdorn / Jun (Hg.), *Economic Efficiency*, S. 69-98.
- Ders. (2007b), »Sustaining the Unsustainable: Symbolic Politics and the Politics of Simulation«, in: *Environmental Politics* 16(2), S. 251-275.
- Ders. (2007c), »The Third Transformation of Democracy: On the Efficient Management of Late-modern Complexity«, in: Blühdorn / Jun (Hg.), *Economic Efficiency*, S. 299-331.
- Ders. (2007d), »Self-description, Self-deception, Simulation. A Systems-theoretical Perspective on Contemporary Discourses of Radical Change«, in: *Social Movement Studies* 6(1), S. 1-20.
- Ders. (2009), »Reinventing Green Politics: On the Strategic Repositioning of the German Green Party«, in: *German Politics* 18(1) (im Erscheinen).
- Ingolfur Blühdorn / Ian Welsh (2007), »Eco-politics beyond the Paradigm of Sustainability. A Conceptual Framework and Research Agenda«, in: *Environmental Politics* 16(2), S. 185-205.
- Dies. (Hg.) (2008), *The Politics of Unsustainability. Eco-politics in the Post-ecologist Era*, London / New York.

- Ingolfur Blühdorn / Uwe Jun (Hg.) (2007), *Economic Efficiency – Democratic Empowerment*, Lanham, Maryland.
- H. Buchstein / F. Nullmeier (2006), *Postdemokratie. Ein neuer Diskurs?*, Themenheft *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 19(4).
- Hubertus Buchstein / Dirk Jörke (2007), »Redescribing Democracy«, in: *Redescriptions* 11, S. 178-197.
- Frederick Buell (2004), *From Apocalypse to Way of Life: Environmental Crisis in the American Century*, London / New York.
- Bündnis 90/Die Grünen (2006), »Für einen radikalen Realismus in der Ökologiepolitik«, Beschluss der 26. Ordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz, 1.-3. Dezember 2006.
- Neil Carter / David Ockwell (2007), *New Labour, New Environment? An Analysis of the Labour Government's Policy on Climate Change and Biodiversity Loss*, Report commissioned by Friends of the Earth, July 2007, <http://www.york.ac.uk/res/celp/webpages/projects/foe/fullreportfinal.pdf>.
- CEC (Commission of the European Communities) (2007), *Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions on the Mid-term Review of the Sixth Community Environmental Action Programme*, Brussels, COM (2007) 225, final.
- Colin Crouch (2004), *Post-democracy*, Cambridge.
- Simon Dalby (2004), »Ecological Politics, Violence, and the Theme of Empire«, in: *Global Environmental Politics* 4/2, S.1-12.
- Daniel Deudney (2006), »Security«, in: Andrew Dobson / Robyn Eckersley (Hg.), *Political Theory and the Ecological Challenge*, Cambridge, Cambridge University Press, S. 232-251.
- Klaus Eder (1996), *The Social Construction of Nature*, London.
- Frank Furedi (2002), *Culture of Fear*, London.
- Die Grünen (1983), *German Green Party Manifesto*, London.
- Susan George (2004), *Another World is Possible if...*, London.
- Edward Goldsmith (1972), *A Blueprint for Survival*, Harmondsworth.
- Daniel Hausknost (2005), *Weg ist das Ziel. Zur Dekonstruktion der Ökologiebewegung*, Wien.
- Inglehart, Ronald (1977), *The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles among Western Publics*, Princeton UP.
- IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) (2007a), *Climate Change 2007 – The Physical Science Basis*, Cambridge UP.
- Dass. (2007b), *Climate Change 2007 – Impacts, Adaptation and Vulnerability*, Cambridge UP.
- Dass. (2007c), *Climate Change 2007 – Mitigation of Climate Change*, Cambridge UP.
- Martin Jänicke (2008), »Ecological Modernisation: New Perspectives«, in: *Journal of Cleaner Production* 16, S. 557-565.
- Andrew Jordan / Irene Lorenzini (2007), »Is There Now a Political Climate for Policy Change? Policy and Politics after the Stern Review«, in: *The Political Quarterly* 78(2), S. 310-319.



- András Körösiény (2005), »Political Representation in Leader Democracy«, in: *Government & Opposition* 40(3), S. 358-378.
- Hans Labohm / Simon Rozendaal / Dick Thoenes (2004), *Man-Made Global Warming: Unravelling a Dogma*, Brentwood.
- James Lovelock (2008), »Enjoy life while you can«, in: *The Guardian* vom 1. März 2008
- Bjørn Lomborg (Hg.) (2004), *Global Crisis, Global Solutions*, Cambridge UP.
- Niklas Luhmann (1995), *Social Systems*, Stanford UP.
- Phil MacNaghten / John Urry (1998), *Contested Natures*, London.
- Giandomenico Majone (1996), *Regulating Europe*, London.
- Dirk Maxeiner / Michael Miersch (2008), *Biokost & Ökokult: Welches Essen ist wirklich gut für uns und unsere Umwelt*, München.
- Donella Meadows / Dennis Meadows / Jørgen Randers / William Behrens (1974), *The Limits to Growth*, London.
- Andrew Moravcsik (2004), »Is there a Democratic Deficit in World Politics? A Framework for Analysis«, in: *Government and Opposition* 39(2), S. 336-63.
- Jonathon Porritt (1984), *Seeing Green. The Politics of Ecology Explained*, Oxford.
- Michael Shellenberger / Ted Nordhaus (2004), »The Death of Environmentalism. Global Warming Politics in a Post-environmental World«, <http://www.grist.org/ci-bin/printthis.pl>.
- Gerd Spaargaren (1997), *The Ecological Modernization of Production and Consumption*, Wageningen, Wageningen Agricultural University (dissertation).
- Nicholas Stern (2007), *The Economic of Climate Change: The Stern Review*, Cambridge UP.
- Karl Strøm / Torbjorn Bergman / Wolfgang C. Müller (Hg.) (2003), *Delegation and Accountability in Parliamentary Democracies*, Oxford UP.
- Mark Thatcher / Alec Stone Sweet (2002), »Theory and Practice of Delegation to Non-Majoritarian Institutions«, in: *West European Politics* 25(1), S. 1-22.
- Peter Unfried (2008), *Öko. Al Gore, der neue Kühlschrank und Ich*, Köln.
- Steve Vanderheiden (2005), »Eco-terrorism or Justified Resistance? Radical Environmentalism and the »War on Terror««, in: *Politics & Society* 33/3, S. 425-447.
- Ders. (2008), »Radical Environmentalism in an Age of Antiterrorism«, in: *Environmental Politics* 17(2), S. 299-318.
- WCED, World Commission on Environment and Development (1987), *Our Common Future*, Oxford UP.
- Ian Welsh (2007), »In Defence of Civilisation: Terrorism and Environmental Politics in the 21<sup>st</sup> Century«, in: *Environmental Politics* 16(2), S. 356-75.

## Anmerkungen

- 1 Für die vollständige Eindeutschung des teilweise in englischer Sprache verfassten Manuskripts danke ich Sven Hartwig.
- 2 Übersetzungen englischsprachiger Quellen hier und im Folgenden durch den Autor.
- 3 Man denke etwa an den derzeitigen Zusammenbruch der auf Sozialabbau, Finanzspekulation und nicht-nachhaltige Kreditvergabe gegründeten Wachstumsphase

- in Großbritannien, das in Kontinentaleuropa noch vor kurzem als vorbildlicher Reformstaat gehandelt wurde. (Blühdorn / Jun 2007).
- 4 Eine ausführliche Analyse des Versuches der deutschen Grünen, von der neuen Klimadebatte und dem neuen Umweltbewusstsein zu profitieren, findet sich in Blühdorn (2009).
  - 5 Man denke neben der aktuellen Krise an den internationalen Finanzmärkten an die hochschnellenden Energiepreise und die steigenden Kosten für Grundnahrungsmittel, die ein ungünstiges Klima schaffen für jeden ernsthaften Versuch, die Prinzipien der Nachhaltigkeit zu implementieren und die tatsächlichen ökologischen und sozialen Kosten, die bisher routinemäßig externalisiert wurden, zu internalisieren.
  - 6 Der in jüngerer Zeit übliche Begriff LOHAS-Bewegung ist zweifelhaft, nicht zuletzt weil er soziologisch und ideologisch sehr heterogene gesellschaftliche Gruppen zusammenfasst. Hier und im Folgenden steht der Begriff speziell für die in den vergangenen drei Jahren stark angewachsene Gruppe derer, die einen wohlhabenden und konsumbetonten Lebensstil pflegen und, weil ihre materiellen Verhältnisse ihnen den daraus entstehenden Zugewinn ohne Not erlauben, ideologisch unbefangen, undogmatisch und spaßorientiert ökologische und soziale Kriterien in ihre Konsumentscheidungen einbeziehen. Ein Portrait dieser Lifestyle-Option findet sich bei Peter Unfried (2008).
  - 7 Vergleiche hierzu Daniel Hausknosts Analyse der »Ökologie als *Phänomenologie des Scheiterns der Moderne*« (Hausknost 2005, S. 57-70).
  - 8 Das verbreitete Unbehagen an moderner Überwachungstechnologie oder Gentechnik mag als Beispiel genügen.
  - 9 Entscheidend ist, dass der ökologisch und sozial orientierte Qualitätskonsum die Logik des Massenkonsums »billig will Ich« (Blühdorn 2006) keineswegs aussetzt, sondern sie lediglich in ausgewählten Bereichen veredelt.
  - 10 Geeignete Beispiele sind Biotreibstoffe, die ökologische Bilanz von organisch produziertem, aber über Tausende von Kilometern transportierten Obst und Gemüse oder die Frage der »klimafreundlichen« Atomenergie.
  - 11 Wie unbegründet der Glaube an einen »politischen Zeitgeist« ist, der angeblich besonders aufgeschlossen sei für das Projekt des radikalen gesellschaftlichen Wandels, lässt sich schon daran erkennen, dass der gefeierte Protagonist dieses politischen Zeitgeistes, die LOHAS-Bewegung, genau den Prinzipien der *flüchtigen Moderne* entspricht: Der individualisierte, entpolitisierte und öko-sozial veredelte Konsum-Lifestyle verpflichtet zu nichts, bedeutet keinerlei Einschränkung, eröffnet zusätzliche Möglichkeiten der Identitätskonstruktion und Selbsterfahrung und kann bei Bedarf jederzeit ausgesetzt werden.
  - 12 Zu den Begriffen »Post-Ökologismus« und »post-ökologische Politik« siehe Blühdorn 2000, 2004b, 2007b.
  - 13 Hier sei noch einmal deutlich herausgestellt, dass die LOHAS-Konsumenten (im oben definierten Verständnis des Begriffs) entgegen ihrer Selbstwahrnehmung und Darstellung in der öffentlichen Diskussion keineswegs die Wende zur Nachhaltigkeit betreiben. Als sozial besonders privilegierte Gruppe heben sie vielmehr ihr exklusives Anspruchs- und Konsumniveau auf eine noch höhere Ebene, indem sie ohne quantitative Abstriche, aber in der Erwartung qualitativer und morali-

scher Zugewinne, ausgewählte Ingredienzien ihres Lifestyles mit Bio- und Fair Trade-Siegeln veredeln. Auf diese Form des ökologisch und moralisch gereinigten Konsumlebensstils trifft in besonderem Maße zu, was selbsternannte *Realisten* gern der Umweltbewegung vorhalten: Wenn moderne Gesellschaften ihren Bedarf an Lebensmitteln, Energie und anderen Gütern auf ökologisch-alternative Weise bereitstellen wollten, dann bliebe für Regenwald und andere Natur wohl nicht mehr viel Platz. (*The Economist*, 9. Dezember 2006, S. 82; James Lovelock in *The Guardian* 2008; Maxeiner / Miersch 2008)

- 14 Hingewiesen sei an dieser Stelle neben der Videoüberwachung, online-Durchsuchung und Erhebung von biometrischen Erkennungsdaten insbesondere auch auf die rasch anwachsende Fachliteratur zu Themen wie »environmental security« (vgl. Allenby 2000; Dalby 2004; Deudney 2006) und »eco-terrorism« (vgl. Vanderheiden 2005, 2008; Welsh 2007).
- 15 Die sozialen Bewegungen und ihre Organisationen hier einzubeziehen ist provokativ, aber durchaus wichtig und produktiv. Eine detaillierte Analyse von Bewegungen in dieser Rolle findet sich bei Blühdorn 2006b und 2007d.
- 16 Von einer bewussten Strategie kann man schon deswegen nicht sprechen, weil *die Gesellschaft* nicht den Status eines einheitlichen handelnden Subjektes hat (zu einer detaillierteren Diskussion siehe Blühdorn 2007d).